



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche
und private Fürsorge,**



der Ihnen heute vorliegende Newsletter des Deutschen Vereins, der 7. seit seinem Erscheinen, ist zugleich auch der Letzte, der am Standort des Deutschen Vereins in Frankfurt/Main produziert wird.

Die 8. Ausgabe, die im August 2004 erscheint, wird bereits am neuen Standort des Deutschen Vereins in Berlin gefertigt werden. Sie sehen, der Umzug des Deutschen Vereins nach Berlin steht unmittelbar bevor. In der Juni-Ausgabe des NDV wird dazu ein ausführlicher Begleitartikel mit neuesten Informationen erscheinen. Neben den notwendigen Umzugsvorbereitungen, die natürlich erhebliche Kräfte der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins binden (insoweit bitte ich das eine oder andere Ungemach vorsorglich zu entschuldigen), stehen vor der parlamentarischen Sommerpause noch einige wichtige Gesetzgebungsvorhaben bzw. fachpolitische Diskussionen auf der Agenda.

Das so genannte Optionsgesetz zur Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung bewegt derzeit die Gemüter. Es ist Skepsis angezeigt, ob das Gesetz tatsächlich das Licht der Welt erblicken wird. Sicher scheint auf alle Fälle zu sein, dass die Hoffnung der Kommunen auf eine auskömmliche Finanzausstattung am Ende dieses komplizierten Verfahrens wohl eine Luftblase bleiben wird, wenn nicht noch einige grundlegende Weichenstellungen vorgenommen werden. Durch die Verpflichtung der Übernahme der Kosten der Unterbringung werden eher Mehrbelastungen auf die Kommunen zukommen. Die Details der konkreten Zusammenarbeit der kommunalen Ämter mit den Agenturen für Arbeit bedürfen der weiteren Ausgestaltung. Der Deutsche Verein hat hier bereits entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Das wichtige Zuwanderungsgesetz, insbesondere in seiner Funktion als Integrationsgesetz, lässt bedauerlicherweise auf sich warten.

Aus fachlicher Sicht bleibt zu hoffen, dass die derzeit diskutierte Novellierung des SGB VIII neben den notwendigen fiskalischen Aspekten auch die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern berücksichtigt.

Also zahlreiche Baustellen, die eine Atempause und ein Zurücklehnen nicht zulassen.

Wie immer sind insbesondere die Mitglieder des Deutschen Vereins gebeten, sich gemeinsam mit der Geschäftsstelle aktiv an den Diskussionsprozessen zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Löher
Geschäftsführer des Deutschen Vereins



Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Robert Antretter

1965 bis 1980

Tätigkeit in verantwortlichen Positionen des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg, zuletzt als Leitender Landesgeschäftsführer

1980 bis 1998

Bundestagsabgeordneter

1999 bis 2000

koopertes Mitglied des Vorstandes der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.

seit 2000

Vorsitzender der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.

seit 2002

Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins

seit 2003

Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins



Prof. Jost Bauer

1969 bis 1971

Verwaltungsassessor/Dozent am Hessischen Verwaltungsschulverband mit Lehrtätigkeit in Frankfurt

1974 bis 1995

Lehrbeauftragter für Sozialrecht am Institut für Erziehungswissenschaften an der Universität Tübingen

Sitzung des Vorstands des Deutschen Vereins

Der Vorstand des Deutschen Vereins tagte am 10. März 2004 in den Räumen des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin. Frau Barbara Stolterfoht (Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V.) und Herr Karl Janssen (Beigeordneter der Stadt Recklinghausen) nahmen erstmals als ständige Gäste an der Sitzung des Vorstandes teil.

Qualitätsstandards für das Fallmanagement

Im neuen SGB II wird in § 14 der persönliche Ansprechpartner eingeführt. Zu seinen Aufgaben gehört u.a. das Fallmanagement, ohne dass dies in der Gesetzesbegründung näher definiert wird. Die vom Vorstand empfohlenen Qualitätsstandards beziehen sich auf ein vermittlungsorientiertes Fallmanagement für eine bestimmte Teilgruppe von arbeitsfähigen Arbeitslosen: auf den Personenkreis mit multiplen Vermittlungshemmnissen, die in der persönlichen, familiären oder sozialen Situation begründet sind.

Die Empfehlung kann auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden und ist im Mai-Heft des Nachrichtendienstes veröffentlicht worden.

Weiterentwickelte Empfehlungen zur Vollzeitpflege/Verwandtenpflege

Der Deutsche Verein hat seine Empfehlungen zur Vollzeitpflege/Verwandtenpflege unter Einbeziehung von Rechts- und Sozialwissenschaftlern sowie Praktikern vollkommen neu konzipiert. Damit stellt der Deutsche Verein eine bislang einmalige Orientierungshilfe für die praktische Fallarbeit zur Verfügung.

Die „Weiterentwickelten Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vollzeitpflege/Verwandtenpflege“ werden im Mai 2004 beim Eigenverlag des Deutschen Vereins als Sonderdruck erscheinen und können über buchoonline (Verlagsservice – Ahlmannshof 50a, 45889 Gelsenkirchen, oder per Mail dv@buchonline.de) mit der Angabe des Kürzels „E 4“ bestellt werden.

Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Sozialgesetzbuches (Regelsatzverordnung – RVS)

Das Bundeskabinett hat im März 2004 den Entwurf einer neuen Regelsatzverordnung verabschiedet. Mit den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, die laut Bundessozialhilfegesetz die Datengrundlage für die Regelsatzbemessung darstellen, wird teilweise in einer Weise umgegangen, die fachlich nicht nachvollziehbar ist.

Der Entwurf der Regelsatzverordnung enthält ausschließlich Vorschriften zur Bemessung des Bedarfs von Hilfeempfängern, die Haushaltsvorstand sind. Der Deutsche Verein kritisiert, dass erstmals in der über vierzigjährigen Geschichte des Bundessozialhilfegesetzes die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige, insbesondere Kinder, festgesetzt werden sollen, ohne dass Untersuchungen vorgenommen werden, wie hoch der Bedarf ist – also wie viel Geld benötigt wird, um ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.

Die genannte Stellungnahme kann auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden und wurde im April 2004 im Nachrichtendienst veröffentlicht.

Miteinander leben – Integration fördern. Thesen zur Neugestaltung der Integrationspolitik für Zuwanderer

Unabhängig vom Zustandekommen eines Zuwanderungsgesetzes fordert der Deutsche Verein einen Perspektivwechsel hin zur Wahrnehmung der Einwanderungsrealität. Praktische Integrationsarbeit muss verstärkt mit Aktivierung und Einbindung der Selbsthilfekräfte von Zuwanderern verbunden und Zugangsbarrieren durch interkulturelle Öffnungsprozesse in Einrichtungen und Diensten abgebaut werden. Bestehende Integrationsangebote von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Träger der Freien Wohlfahrtspflege sollen als Grundlage für eine effektive, transparente und nachhaltige Integrationsförderung verzahnt werden. Bund, Länder und Kommunen müssen ihrer Verantwortung auch



für bereits hier geborene Menschen mit Migrationshintergrund nachkommen. Die vollständigen Thesen sind im Mai-Heft des Nachrichtendienstes veröffentlicht worden und können auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden.

Umbenennung des Fachausschusses „Hilfen für Behinderte, Psychisch Kranke, Rehabilitation“

Der Fachausschuss „Hilfen für Behinderte, Psychisch Kranke, Rehabilitation“ des Deutschen Vereins wird ohne Änderung der Zuständigkeiten in Fachausschuss „Rehabilitation und Teilhabe“ umbenannt.

Parlamentarischer Abend des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Am 9. März 2004 luden der Deutsche Verein und die BAGFW zum Parlamentarischen Abend in den Kaisersaal der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft ein. Neben Frau Bundesministerin Renate Schmidt und Frau Senatorin Dr. Heidi Knaack-Werner folgten über 200 Abgeordnete und Vertreterinnen und Vertreter der Ministerialverwaltung des Bundes und der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft und befreundeter Verbände und Organisationen der Einladung (siehe Foto).



Dr. Stephan Articus, Dr. Konrad Deufel, Renate Schmidt, Dr. Manfred Ragati (v. l. n. r.)

Die neue Geschäftsstelle des Deutschen Vereins in Berlin-Mitte



Es sind noch Flächen frei. Haben Sie Interesse? Anruf genügt:
Tel.: 030/201 88-337

FRED HOFSTÄTTER

www.fhge.de

Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Referentenentwurf eines Gesetzes zum internationalen Familienrecht

Der Rat der Europäischen Union hat am 27. November 2003 die Verordnung EG 2201/2003 zur Zuständigkeit sowie zur Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in allen Fragen der elterlichen Verantwortung verabschiedet. Die inhaltlichen Bestimmungen der Verordnung werden ab dem 1. März 2005 gelten und die bisher nur für den Bereich der Eheauflösung geltende EU-Verordnung 1347/2000 (genannt „Brüssel II“) ersetzen.

Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...

Fortsetzung Prof. Jost Bauer

seit 1971
An der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg tätig u. a. als Professor für Recht, Verwaltung und Sozialarbeit
1976 bis 1992
Prorektor der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen
1995 bis 2000
Rektor der fusionierten Evangelischen Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg
seit 2000
Beauftragter für Evaluation und Akkreditierung an der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg

seit 1976
Mitglied im FA „Soziale Berufe“
1977 bis 1987
Mitglied des Vorstandsausschusses für Fragen der Fort- und Weiterbildung
1980 bis 1983
Mitglied des AK „Aufgaben und erforderliche Qualifikation in den Feldern Sozialer Berufe und Praxisorientierte Ausbildung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen“
seit 1991
Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins
seit 1994
Vorsitzender im FA „Soziale Berufe“
seit 1994
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins
seit 2001
Mitglied im FA „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“

Personalien

Neu im DV:

Astrid Witt hat am 1. Februar 2004 ihre Tätigkeit als Verwaltungsangestellte im Arbeitsfeld I „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“ aufgenommen.



Veranstaltungen

Übersicht der Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildung im Deutschen Verein

17. bis 19. Mai 2004

F 229/04

Fachgruppe Integration von Kindern mit Behinderungen in Regeleinrichtungen

1. bis 5. Juni 2004

F 526/04

Gesprächsführung und Beratung im sozialarbeiterischen Alltag

7. bis 9. Juni 2004

F 250/04

Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

22. bis 24. Juni 2004

F 443/04

***Reform des Betreuungsrechts – Auswirkungen auf die Praxis**

30. Juni bis 2. Juli 2004

F 264/04

***Bildung, Erziehung und Betreuung – Jugendhilfe und Schule vor neuen Herausforderungen**

30. August bis 3. September 2004

F 154/04

***Gesprächsführung und Beratung im beruflichen Handeln der Verwaltungsfachkraft**

30. August bis 3. September 2004

F 151/04

***Lernzeit für Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten**

Bitte beachten Sie den Veranstaltungsort bei den Fachtagungen mit *:
Gustav Heinemann Haus Bonn, Waldenburger Ring 45; <http://www.ghh-bonn.de>

Auskünfte erhalten Sie über:
Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge
Verwaltungsmanagement
Tel.: 069/95807-202/228
E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de

Eine aktuelle Übersicht der Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.deutscher-verein.de/veranstaltungen2004

Anmeldungen sind auch online möglich.

Impressum:

Redaktion:
Uwe Hellwig, Frankfurt am Main
Tel. (0 69) 9 58 07-2 09,
E-Mail: hellwig@deutscher-verein.de
Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge.

Geschäftsstelle:
60439 Frankfurt am Main (Nordweststadt),
Am Stockborn 1-3,
Tel. Sammel-Nr. (0 69) 9 58 07-01,
Fax (0 69) 9 58 07-3 81

www.deutscher-verein.de

Postbankkonto: Frankfurt am Main 100847-607
(BLZ 500 100 60),
Bankkonto: Deutsche Bank 7233943
(BLZ 100 700 00).

Gesamtherstellung:
Druckerei Joh. Walch, Im Gries 6, 86179 Augsburg

Der im Bundesministerium der Justiz erarbeitete Referentenentwurf eines Gesetzes zum internationalen Familienrecht dient der Durchführung der genannten Verordnung. Darüber hinaus soll mit dem Referentenentwurf der familienrechtlichen Praxis ein eigenständiges und umfassendes Ausführungsgesetz zu den bestehenden europäischen und internationalen Rechtsgrundlagen zur Verfügung gestellt werden.

Der Deutsche Verein hat auf Grundlage der praktischen Erfahrungen des Internationalen Sozialdienstes in der grenzüberschreitenden Sozialarbeit und nach Beratung im Fachausschuss Jugend und Familie eine Stellungnahme abgegeben (DV 01/04). Diese befasst sich insbesondere mit den jugendhilferechtlichen Bezügen des Entwurfes. So wird auf eine zum Teil noch erforderliche Harmonisierung mit dem deutschen Jugendhilfesystem hingewiesen sowie die Einbeziehung von Konzeptionen und Kompetenzen der Jugendhilfe, vor allem bei der Ausgestaltung und personellen Besetzung der nach der Verordnung zuständigen Zentralen Behörde, eingefordert.

Die Stellungnahme kann von der Website des Deutschen Vereins unter www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden.

Aussetzung der Bearbeitung neuer Anfragen im Bereich des Internationalen Sozialdienstes

Im Bereich des Arbeitsfeld VII „Grenzüberschreitende Arbeit – Internationaler Sozialdienst“ ist der Umzug nach Berlin mit einem nahezu vollständigen Austausch der zuständigen Fachkräfte verbunden. Aus diesem Grund können durch den Internationalen Sozialdienst für den Zeitraum 1. März bis 30. September 2004 – von dringenden Ausnahmefällen abgesehen – keine Neufälle und Anfragen zur Bearbeitung angenommen werden. Die angemessene Bearbeitung zusätzlich zu den bereits laufenden Fällen wäre in diesem Zeitraum nicht gewährleistet. Lediglich Fälle, in denen eine akute Kindeswohlgefährdung die Zusammenarbeit mit einer ausländischen Fachstelle erforderlich macht, können nach besonderer Absprache zur Bearbeitung angenommen werden.

12. Europäische Konferenz des Sozialwesens „Qualität und Zugang schaffen in den Sozial- und Gesundheitsdiensten in einem erweiterten Europa“ vom 16. – 18. Juni 2004 in Dublin

Die Konferenz wird vom Europäischen Sozialen Netzwerk – ein Netzwerk nationaler Vereinigungen und Gruppen von Sozialamtsleitern – organisiert in Zusammenarbeit mit der Irischen Präsidentschaft der Europäischen Union, dem Irischen Ministerium für Gesundheit und Kinder, der Gruppe der AmtsleiterInnen der Gesundheitsämter Irlands, der Agentur Comhairle sowie der Gruppe ‚Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Irland‘.

Weitere Informationen über diese Konferenz erhalten Sie unter <http://www.social-europe.com/dublin/ger/introduction.htm>. Das komplette **Workshop-Programm** ist ebenfalls einsehbar: <http://www.social-europe.com/dublin/ger/workshop.htm>.

Personalien

Folgende Personalveränderungen haben in den Monaten Februar 2004 bis April 2004 stattgefunden:

Ausgeschiedene aus dem DV:

Veronika Alb. Mitarbeiterin im hauswirtschaftlichen Bereich.

Petra Forster. Verwaltungsangestellte im Arbeitsfeld VII „Grenzüberschreitende Sozialarbeit – Internationaler Sozialdienst“.

Sascha Rolf Lüder. Arbeitsfeldleiter im Arbeitsfeld VI „Internationale soziale Arbeit“.

Ulrike Zentek. Sachbearbeiterin in der Verwaltungsabteilung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheidern wegen beruflicher Veränderungen im Zusammenhang mit dem Umzug nach Berlin aus.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge wünscht allen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute für die Zukunft.